



KIELER ERKLÄRUNG DER „ARBEITSGEMEINSCHAFT WEINHEIMER INITIATIVE“ ANLÄSSLICH IHRES JAHRESFORUMS IN KIEL AM 1./2. FEBRUAR 2012

FACHKRÄFTE & KOMMUNALE KOORDINIERUNG: BERUFSEINSTIEGE LOKAL GUT GESTALTEN

Kommunale Koordinierung bei der lokalen Gestaltung der Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt: das ist das Markenzeichen der „Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative“ und der bei ihr mitarbeitenden Städte und Landkreise¹. Übergänge sind dann erfolgreich, wenn die jungen Erwachsenen in der Arbeitswelt *gut ankommen* und sich ihnen optionsreiche Perspektiven für ihre berufliche Zukunft eröffnen.

Nach mehr als einem Jahrzehnt, in denen viele Jugendliche mit ihrem Wunsch nach einem Ausbildungsplatz scheiterten, wird nun die Befürchtung laut, dass Ausbildungsplätze nicht zu besetzen seien und sich damit der befürchtete Fachkräftemangel verschärfe. „Niemand darf zurückbleiben“ als sozialpolitisches Motto der vergangenen Periode wird ergänzt oder ersetzt durch das Motto: „Jede und jeder wird gebraucht“. Diese Veränderungen lassen erwarten, dass sich die Chancen, die Jugendliche beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt haben, verbessern.

Ein erweitertes Verständnis von Übergang und Koordinierung

Erledigt sich damit die kommunale Herausforderung, durch die Förderung und Gestaltung von Übergängen Zukunftssicherung für die jungen Menschen wie für das Gemeinwesen insgesamt zu betreiben? Die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative sieht die Koordinierung am Übergang Schule – Arbeitswelt nicht als eine vorübergehende Aktivität an, sondern als eine *Daueraufgabe*.

Denn die Beziehung zwischen Bildungssystem und einer dynamischen und oftmals turbulenten Arbeitswelt unterliegt ständigen Veränderungen, die für *alle* Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Bedarf nach Orientierung, Erkundung, Beratung und Unterstützung nach sich ziehen. *Alle* sind davon betroffen, wenngleich in unterschiedlichem Grade und mit unterschiedlichen Risiken.

Die Gestaltung des Übergangsgeschehens als arbeitsmarktnaher Bereich des lokalen Bildungssystems findet deshalb dauerhaft die besondere Aufmerksamkeit der Städte und Landkreise. Die Unterstützung derjenigen, die von besonderen Risiken betroffen sind, hat hierbei Priorität.

Gerade vor dem Hintergrund des sich belebenden Arbeitsmarktes, des knapper werdenden „Reservoirs“ an Bewerberinnen und Bewerbern im „Dualen System“ und einer zunehmenden Zahl frei bleibender oder nur schwer zu besetzender Ausbildungsplätze und der prognostizierten demografischen Entwicklung wird sehr deutlich: Übergangsgestaltung darf nicht an oder vor der „1. Schwelle“ stehen bleiben.. Sie muss die lang gestreckten übergangsbio-graphischen Verläufe ins Auge fassen. (Stichworte u. a.: Sicherung von Ausbildungserfolg und Einstieg in Arbeit nach Ausbildungsende).

¹ „Weinheimer Erklärung“ von 2007, siehe: www.weinheimer-initiative.de

Das „Lehrstück Übergang“² zwingt dazu, nicht nur Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Betracht zu ziehen, sondern auch die Sicht der Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst. *Attraktivität & Qualität* von Ausbildung sowie Fragen von Zugang, Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit werden so – aus beiden Perspektiven – zu zentralen Zielgrößen. Diese rücken auch in die kommunale Aufmerksamkeit, denn gelingende Einstiege in die Arbeitswelt waren und sind eine entscheidende Grundlage für die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Städte und Landkreise.

Fachkräfteentwicklung.

Die Arbeitsgemeinschaft plädiert für eine unaufgeregte und differenzierte Betrachtung der Fachkräfteentwicklung, unterstreicht aber zugleich, dass *Fachkräftesicherung* eine der entscheidenden kommunalen Standortfragen ist.

Daraus folgt, dass lokal ansetzende Arbeitsmarktpolitik auch *präventiv* ausgerichtet sein muss und hierfür auch stabile Bezüge in den schulischen Sekundarbereich hinein, in enger Kooperation mit der Wirtschaft, benötigt (Stichwort: weitere Öffnung der Schulen zur Arbeitswelt). Dabei ist allerdings eine Orientierung nur an kurzfristigen Erfordernissen des Arbeitsmarktes zu vermeiden. Vorrang muss Bildung haben, die sich zum Leben und zur Arbeitswelt öffnet und damit zu einem gründlichen Aufbau von Berufsorientierung und *Entscheidungsfähigkeit* beiträgt. Zukunft ist vor allem vom individuellen und gesellschaftlichen Bedarf an *Bildung* her zu gestalten.

Diese beiden Perspektiven - Arbeitsmarkt und Bildung - im Zuge der Gestaltung der Übergänge Schule-Arbeitswelt miteinander zu vermitteln, stellt eine erhebliche Herausforderung dar – und eine wichtige kommunale *Koordinierungsaufgabe vor Ort*.

Berufseinstiege/ Ausbildung.

Vor Ort findet Berufsausbildung heute in einer erheblichen Variationsbreite statt. Eine Berufsausbildung im „Dualen System“ hat nach wie vor einen herausragenden Stellenwert. Daneben haben vollschulische Bildungsgänge an Gewicht gewonnen; Ausbildungsverbünde und verschiedene Mischformen sind entstanden. Für alle gilt: Der „Lernort Betrieb“ ist im Rahmen sinnvoll gestalteter Lernortkombinationen unverzichtbar. Kein beruflicher Bildungsgang darf eine Sackgasse sein, sondern jeder muss einen qualifizierten und optionsreichen Einstieg in das Arbeitsleben ermöglichen.

Zweite und weitere Chancen des Wiedereinstiegs im Sinne des lebenslangen Lernens müssen mit bedacht werden. Städte und Landkreise sind aktive Partner einer zukunftsorientierten Beruflichen Bildung. Die Regionalen Beruflichen Kompetenzzentren erfahren durch kommunale Mitwirkung eine Aufwertung. Auch eine weitere Reform der Beruflichen Bildung insgesamt bedarf einer intensiven Kooperation.

Alle Orte der Ausbildung (wie der Weiterbildung) künftiger Fachkräfte sind zugleich Etappen individueller Bildungsgänge und Räume für wichtige Erfahrungen mit und in der Arbeitswelt, vor allem auch am „Lernort Betrieb“. Berufsausbildung und daran anschließende Fachtätigkeit muss als eine *attraktive Option* für Jugendliche und junge Erwachsene erkennbar werden. Es braucht eine aktive Willkommenskultur, die nicht defizitorientiert ist, sondern die Stärken und Talente erkennt und fördert. Dies fordert die Betriebe in den verschiedenen Etappen der Berufsorientierung ebenso, wie es auch eine entsprechende Qualität von Betriebspraktika und Nachhaltigkeit jeglicher Ausbildung erfordert. In der *Hoyerswerdaer Erklärung 2011* heißt es hierzu u. a.:

² Schwerpunktthema des Jahresforums 2011 Hoyerswerda, siehe www.weinheimer-initiative.de

„Die Arbeitswelt steht den heutigen Generationen junger Leute fremder und weniger selbstverständlich gegenüber als ihren Eltern und Großeltern. Der starke Wandel in der Arbeitswelt und die im vergangenen Jahrzehnt massiv aufgetretenen Turbulenzen auf dem Arbeitsmarkt führen auch dazu, dass es in der alltäglichen Lebenswelt der jungen Leute bei der Vorbereitung auf den Übergang nicht mehr viel Anschauung dafür gibt, dass Facharbeit attraktiv sein kann, Entwicklungschancen, eine Basis für berufliches Selbstbewusstsein und ein befriedigendes Leben bieten kann. Dies auf eine Art und Weise deutlich und nachvollziehbar zu machen, die jenseits von Hochglanzwerbung ein positives, aber realistisches Bild vermittelt, ist eine zentrale Aufgabe.“

Kommunale Koordinierung.

Das Aufgabenfeld erweitert sich: Die attraktive und qualitätsvolle Gestaltung der lokalen „Landschaft der Berufsausbildung“ wird nun ebenfalls zu einem Gegenstand „Kommunaler Koordinierung“. „Niemand darf zurück bleiben“ und „Jede/r wird gebraucht“ sind der Ausgangspunkt des kommunalen Engagements.

Einer *Bildungspartnerschaft mit den Ländern* sowie einer vertieften Zusammenarbeit mit der *Agentur für Arbeit* kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Auf der lokalen Ebene muss der Kreis der Kooperationspartner – wo noch nicht geschehen – ausgeweitet werden: Allgemein bildende Schulen müssen sich noch stärker der Arbeitswelt öffnen, den Einstieg in die beruflichen Biografien ihrer Schülerinnen und Schüler aktiv gestalten und hierbei verstärkt mit Betrieben, Kammern, Unternehmensvereinigungen und Handwerkerschaften kooperieren. Die Förderung dieser Kooperationen wird künftig ein zentrales Aufgabenfeld der Kommunalen Koordinierung sein.

Dichte Abstimmungen zwischen bestehenden oder sich gründenden *lokalen Bündnissen für Fachkräftesicherung und/oder Ausbildung* und der Kommunalen Koordinierung sind ebenso nötig wie engere Beziehungen zu den Ausbildungsausschüssen der Kammern. Kommunale Koordinierung und Berufsausbildung und deren Gremien hatten bisher zumeist wenig miteinander zu tun. Dies muss sich ändern – von *beiden* Seiten.

Torsten Albig
Oberbürgermeister Landeshauptstadt Kiel

Heiner Bernhard
Oberbürgermeister der Stadt Weinheim (Bergstr)
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft

Stefan Skora
Oberbürgermeister der Stadt Hoyerswerda
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft

Dr. Wilfried Kruse
Koordinator

Kiel und Weinheim, im Dezember 2011

